



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2023

Hundesteuer wird ab dem kommenden Jahr erhöht

Nachdem die Steuer in den letzten sechs Jahren nicht angetastet worden ist, beschloss der Gemeinderat am vergangenen Mittwoch einstimmig eine Erhöhung um rund 11 Prozent. Derzeit sind 317 Hunde in der Gemeinde angemeldet, wobei 21 Hunde steuerbefreit sind.

Ein Ersthund (265 Fälle) verteuert sich damit von bisher 108 Euro auf 120 Euro pro Jahr. Für einen Zweithund oder weitere Hunde (29 Fälle) beträgt der Steuersatz das Doppelte, nämlich 240 Euro. Für die derzeit 2 Kampfhunde in der Gemeinde sind jeweils 600 Euro zu bezahlen (ein weiterer Kampfhund beim selben Halter würde mit 1.200 Euro zu Buche schlagen).

Wie Kämmerer Patsch aufzeigte, ergibt sich durch die neuen Steuersätze im Ergebnishaushalt ein jährlicher Mehrertrag von ca. 4.000 Euro. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung ist eine Erhöhung auf den 1. Januar 2024 aus seiner Sicht zwingend erforderlich.

Ursprünglich vor vielen Jahren als „Luxussteuer“ eingeführt, hat die Hundesteuer als örtliche Aufwandsteuer immer noch eine wichtige Lenkungsfunction, insbesondere in Bezug auf die Haltung von Kampfhunden. Leider gebe es derzeit noch keine Möglichkeit, bei der Hundesteuer einen Rabatt für „unauffällige“ Hunde zu gewähren, antwortete Bürgermeister Nägele auf entsprechende Nachfrage aus dem Gemeinderat. Über die Einführung eines „Hundeführerschein“ werde in Baden-Württemberg ja bereits seit über zwei Jahren diskutiert, bislang jedoch ohne Ergebnis.

Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer werden ebenfalls erhöht

Eine längere Diskussion gab es, als Kämmerer Patsch den Gemeinderäten eine Erhöhung der Hebesätze für die Realsteuern zum 01. Januar 2024 vorschlug. Am Ende stimmte der Gemeinderat einstimmig einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 360 auf 380 Prozentpunkte zu. Dadurch werden sich die Gewerbesteuereinnahmen um rund 5,5 Prozent erhöhen.

Die Hebesätze für die Grundsteuern A und B werden ebenfalls um 20 Prozentpunkte erhöht, und zwar von 420 v.H. auf 440 v.H. Der Eigentümer eines Einfamilienhauses zahlt dann im Jahr durchschnittlich rund 14 Euro mehr, bei einem Zweifamilienhaus macht sich die Erhöhung mit rund 19 Euro im Jahr bemerkbar.

Wie Kämmerer Patsch erklärte, war die Erhöhung der Hebesätze eigentlich schon für das Jahr 2023 geplant, dann aber wegen der gestiegenen Energiekosten als Folge des Ukraine-Krieges verschoben worden. Was dem Kämmerer auch wichtig war zu betonen: Die Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer ist kein Vorgriff auf die Grundsteuerreform, welche ab dem 01.01.2025 zum Tragen kommt. Die Messbeträge ab 2025 sind der Gemeinde noch gar nicht bekannt. Wichtig sei im Moment nur, dass die Gemeinde ihre Einnahmeseite stärke, um damit auf die inflationären Ausgabesteigerungen zu reagieren. Allein die Personalkosten werden unter anderem durch die Tarifierhöhungen für die Beschäftigten im kommenden Jahr um rund 500.000 Euro ansteigen.



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2023

Die Realsteuern sind nach wie vor wichtige Einnahmequellen der Gemeinde, um die vielfältigen kommunalen Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge mit zu finanzieren. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre betrug das Realsteueraufkommen in der Gemeinde 4,7 Millionen Euro, was rund einem Drittel aller Erträge im Ergebnishaushalt entspricht. In den kommenden drei Jahren wird der Ergebnishaushalt ein Defizit von insgesamt über 3,5 Millionen Euro aufweisen. Im Hinblick auf die Haushaltsplanung für 2024 und die Finanzplanungsjahre bis 2027 ist eine Anpassung der Hebesätze deshalb unumgänglich.

Was die Gewerbesteuer anbelangt, ist diese mit einem durchschnittlichen Aufkommen von 3,7 Mio. Euro im Jahr die wichtigste Einnahme der Gemeinde. Die letzte Erhöhung um 10 Punkte fand vor drei Jahren statt. Nun steht eine Erhöhung um 20 Punkte an, was die Einnahmeseite um rund 150.000 Euro verbessern wird. Mit einem Hebesatz von 380 v.H. liegt die Gemeinde Böhmenkirch etwas über dem Durchschnitt von 371 im Landkreis Göppingen. Der landesweite Durchschnittshebesatz beträgt 357 Prozentpunkte. „Aber auch die anderen Gemeinden werden noch an der Gebührenschraube drehen“, lautete die Prognose von Bürgermeister Nägele. Der zerstreute auch die Bedenken von einigen Gemeinderäten, dass die Firmen wegen der Hebesatzerhöhung abwänden. „Die Betriebe wissen unsere gute Infrastruktur wie beispielsweise die Breitbandversorgung zu schätzen“, meinte er. Im Übrigen könne der Großteil der 149 zahlungspflichtigen Betriebe, nämlich die 73 Einzelunternehmer und die 39 Personengesellschaften, die höherer Gewerbesteuer bei der Einkommenssteuer wieder geltend machen. Am Ende seien nur die 31 Kapitalgesellschaften und 6 sonstigen Betriebe in der Gemeinde hauptsächlich von der Erhöhung betroffen.

Auch die Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftliche Betriebe) und die Grundsteuer B (für Grundstücke) ist mit einem durchschnittlichen Aufkommen von 921.000 Euro eine wichtige gemeindliche Einnahme. Durch die Hebesatzerhöhung auf 440 Prozentpunkte erhofft sich der Kämmerer im kommenden Jahr Mehreinnahmen von 49.000 Euro (bei geschätzt 1,09 Mio. Euro an Grundsteuereinnahmen).

Verschiedenes:

- Kaum war der **neue Geh- und Radweg entlang der Hauptstraße** asphaltiert, wurde dieser von der Telekom wieder aufgerissen. Grund war eine Kabelstörung. Bürgermeister Nägele zeigte sich am vergangenen Mittwoch sehr verärgert, hatte sich die Telekom doch zuvor geweigert, im Zuge der Baumaßnahme ihr marodes Kabelnetz zu erneuern. In der Zwischenzeit kam es bereits zur zweiten Aufgrabung durch die Telekom. Einige Gemeinderäte forderten deshalb, gegenüber der Telekom eine Entschädigung für die „Flickschusterei“ am Gehweg einzufordern. Ob dies möglich ist, will Bürgermeister Nägele noch rechtlich prüfen lassen.
- Viel Kritik gab es im Gemeinderat wegen des **Michelberg-Gymnasiums in Geislingen**. Die Beteiligung der Umlandgemeinden an der neuen Gymnasial-Landschaft stellt die Gemeinde Böhmenkirch vor große finanzielle Herausforderungen.



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2023

- Auf Anfrage eines Gemeinderats erklärte Bürgermeister Nägele, dass noch vor dem Jahreswechsel die **Beratungen zur Auskreisungsdebatte** beginnen sollen. Er befinde sich derzeit noch in Abstimmung mit den Nachbarkommunen.

Bürgermeisteramt Böhmenkirch